

Perspektiven der Ostseekooperation nach der EU-Erweiterung: vor einer neuen Phase der regionalen Zusammenarbeit?

Hoppe, Ursel

Konferenzbeitrag / conference paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hoppe, U. (2003). *Perspektiven der Ostseekooperation nach der EU-Erweiterung: vor einer neuen Phase der regionalen Zusammenarbeit?* (SCHIFF-texte, 70). Kiel: Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedenswissenschaften - SCHIFF- an der Universität Kiel. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-218887>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

S C H I F F

Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedenswissenschaften
an der Christian-Albrechts-Universität Kiel

SCHIFF-texte

Nr. 70

Ursel Hoppe

Perspektiven der Ostseekooperation nach der EU-Erweiterung

Vor einer neuen Phase der
regionalen Zusammenarbeit?

SCHIFF-texte sind Veröffentlichungen des *SCHIFF/SHIP*. Sie werden jedoch von den Autorinnen und Autoren verantwortet und stellen – soweit nicht anders vermerkt – keine Äußerungen des Instituts oder seiner Gremien dar.

© bei den AutorInnen

ISSN 0948-1869

Kiel, April 2003

SCHIFF / SHIP
Kaiserstr. 2 D-24143 Kiel,
Tel.: +49 - (0)431 / 880 - 6330, Fax: +49 - (0)431 / 880 - 6333
e-mail: SCHIFF@SCHIFF.uni-kiel.de
<http://www.schiff.uni-kiel.de>

The Schleswig-Holstein Institute for Peace Research
at the Christian-Albrechts-University Kiel

S H I P

Perspektiven der Ostseekooperation nach der EU-Erweiterung

Vor einer neuen Phase der regionalen Zusammenarbeit?

Ursel Hoppe *

Die Ostseeregion scheint in diesen Tagen fern zu liegen. Angesichts der Ereignisse im Irak könnte es nahe liegen, sich heute in einem Institut, das sich der Friedenswissenschaft verpflichtet fühlt, über andere Dinge zu reden:

- über die Zukunft der UNO,
- das transatlantische Verhältnis,
- die GASP oder
- noch weitergehend über die neue Weltordnung, wenn es eine solche dennoch geben sollte.

Und doch gibt es vielleicht einen Zusammenhang vor dem Hintergrund des Scheiterns europäischer Politik im aktuellen Konflikt. Vielleicht spielt die Ostseeregion eine Rolle wenn wir heute erkennen müssen, dass traditionelle Muster europäischer Politik – die deutsch-französische Allianz etwa - nicht mehr ausreichen, um Europa zusammenzuführen in wichtigen weltpolitischen Fragen.

Erleben wir heute das Ende jener Zeit in der einige Staaten, traditionelle so genannte europäische Großmächte die Zukunft des Kontinents bestimmen können? Könnte das europäische Scheitern im Irak-Konflikt vielleicht der Beginn sein einer Phase europäischen Multilateralismus als Motor europäischer Integration in einer erweiterten Europäischen Union? Dann in der Tat würde die Ostseekooperation in ganz anderem Licht erscheinen.

Diese Gedanken an dieser Stelle weiterzuführen, würde den Rahmen des Vortrags sprengen. Und ich würde auch nicht die Fragen beantworten, die mir die Veranstalter heute gestellt haben.

Der Titel der heutigen Veranstaltung birgt eine dreifache Fragestellung:

- Wie wird sich die Ostseeregion, wie kann sich die Kooperation in der Ostseeregion weiterentwickeln?
- Welche Auswirkungen wird das auf Schleswig-Holstein in seiner unwidersprochenen Rolle in der Ostseekooperation haben?

*) *Ursel Hoppe* ist Leiterin der Abteilung für Europa- und Ostseeangelegenheiten der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein. Beim nachfolgenden Text handelt es sich um das Manuskript eines Vortrags, den Frau Hoppe unter gleichem Titel am 25. März 2003 im Rahmen des *SCHIFF-Kolloquiums zu Kooperation und Konflikt in der Ostseeregion* gehalten hat.

- Und: Welche politischen Antworten muss Schleswig-Holstein dafür neu oder zumindest weiter entwickeln?

Nichts läge leichter, als Antworten diese komplexe Fragestruktur unter Verweis auf die föderale Struktur Deutschlands auf die unmittelbaren Kompetenzen eines deutschen Bundeslandes zu reduzieren, Statistiken zu zitieren und allein darüber Kosten und Nutzen zu definieren. Das aber ist nur die eine Seite und verkennt den vor mehr als zehn Jahren formulierten Anspruch Schleswig-Holsteins als "Motor der Ostseekooperation". Und – weit wichtiger noch – es würde die strategischen Interessen unseres kleinen Landes in dieser Region sträflich vernachlässigen.

Deshalb werde ich heute etwas umfassender analysieren und sprechen, als dies möglicherweise von einer Mitarbeiterin einer Landesregierung erwartet wird. Oder, um es ein wenig charmanter zu formulieren:

Die strategischen Interessen eines kleinen Landes wahren und vertreten zu können, erfordert mitunter auch ein wenig mehr Arbeit und Analyse als den Blick auf Export und Import, auf Partnerschaften oder auf Kulturaustausch. Die Ostseekooperation kann nur funktionieren, wenn wir die Vision, die hinter dieser Politik stand und steht, nicht aus dem Blick verlieren.

I.

Unbestritten: Mit ihrer knapp 15-jährigen Geschichte ist die Ostseekooperation immer noch jung an Jahren – und dennoch eine Erfolgsgeschichte sondergleichen:

- Wer hätte vor 15 Jahren davon geträumt, dass Finnland und Schweden gleichberechtigte und selbstbewusste Partner in der Europäischen Union sein würden? Partner, die völlig selbstverständlich regionale Zusammenarbeit mit allen Nachbarn pflegen und gestalten?
- Wer hätte vor 10 Jahren einen Cent darauf gewettet, dass die baltischen Staaten und Polen den notwendigen Wandel schaffen könnten, um binnen weniger Jahre den Sprung in die EU zu schaffen?
- Wer hätte noch vor 5 Jahren daran geglaubt, dass Russland bereit wäre, seinen Regionen im Nordwesten die wirtschaftliche Öffnung zur Ostseeregion und die aktive Mitwirkung in der Ostseekooperation zu erlauben?

Natürlich wäre all dies ohne die revolutionären Veränderungen in Gesamteuropa nicht vorstellbar gewesen. Aber umgekehrt ist auch richtig: Ohne die Unterstützung, die die Beitrittsländer des Ostseeraums aus der Ostseekooperation empfangen haben, wäre deren Weg der EU-Integration weitaus schwerfälliger ausgefallen. Das zeigt: *"Ostseekooperation und Europapolitik sind zwei Seiten ein und derselben Medaille."* (H. Simonis)

Diese historisch einmaligen Entwicklungen buchen wir heute allzu schnell unter "selbstverständlich" ab. Allzu Selbstverständliches gerade zu rücken erfordert aber auch, mit gern verbreiteten Missverständnissen aufzuräumen:

1. Ostseekooperation ist ein wertvoller Beitrag zur Unterstützung der EU-Erweiterung. Aber sie erschöpft sich nicht darin. So, wie sie Anfang der 90er Jahre ohne die konkrete Perspektive einer EU-Erweiterung konzipiert wurde, liegt die eigentliche Aufgabe der Ostseekooperation erst noch vor uns. Der 1. Mai 2004 wird eine wichtige Etappe sein. Aber er markiert noch lange keinen Endpunkt einer Konzeption, die auf die Stärkung einer Region im innereuropäischen Wettbewerb zielt. Denn: Gleich, welches Bild wir uns heute von einer erheblich erweiterten EU machen, eines ist sicher - diese EU von morgen wird sich nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch in erheblichem Maß auf die Gestaltungskraft ihrer Regionen stützen müssen. Hier liegt die einmalige Chance der Ostseeregion, sich in diesem aufkommenden Wettbewerb der Regionen in Europa als Zukunftsregion zu etablieren. Denn nirgendwo sonst gibt es ein derart vielschichtiges Netzwerk der Zusammenarbeit wie hier. Auch wenn wir mitunter neidisch auf den Stellenwert schauen, den die Mittelmeerpolitik in Brüssel genießt: Die kommenden Jahre werden beweisen, dass *dort* die Gestaltungskraft der Region erheblich geringer ist als *hier*.
2. Ostseekooperation braucht den "Schirm" der Außenpolitik. Aber sie ist weit mehr als das Derivat der Schlusserklärungen bei Jahrestreffen der Außenminister des Ostseerates. Natürlich wird zur Zeit in den Gremien der staatlich getragenen Ostseekooperation diskutiert, welche Aufgaben mit der EU-Erweiterung künftig entfallen können. Weil viele Aufgaben dann zumindest für die meisten Ostseeanrainer in den Ratsgremien in Brüssel diskutiert werden. Dennoch wäre es bei weitem zu kurz gedacht, mit der EU-Erweiterung die Aufgaben des Ostseerates auf die regionalen Beziehungen mit Russland zu reduzieren und ansonsten die Akte CBSS einfach zuzuklappen. Denn das Erfolgsmuster der Ostseekooperation ist, dass sie von unten nach oben gewachsen ist. Und dass sie von vielen Akteuren außerhalb der Politik getragen wird, die ihre realen Interessen einbringen.

Diese Vielzahl der aktiven Kooperationen in der Ostseeregion braucht einen gemeinsamen Ansprechpartner, der Koordinierung leistet und Sichtbarkeit gewährleistet. Die Frage ist nicht, was die verschiedenen Foren der Ostseekooperation für die künftige Arbeit der Außenministerien im Ostseerat beitragen können. Die Frage lautet: Auf welche gemeinsamen Ziele will sich die Ostseeregion verständigen? Was kann der Ostseerat zur Unterstützung dieser Graswurzelbewegung beitragen? Was kann Ostseekooperation zur Integration dieser Region leisten?

3. Und mit Blick auf hier in Schleswig-Holstein gern verbreitete Irrtümer: Ostseekooperation ist weit mehr als das, was wir hier selbst leisten können und geleistet haben. Bei allem Stolz darauf, dass Schleswig-Holstein anerkannt zu den Initiatoren und Motoren der Zusammenarbeit gehört - ein Copyright auf Ostseekooperation haben wir beileibe nicht und wollen wir auch nicht haben.

Natürlich verfolgt niemand altruistisch eine Politik, die nicht auch eigene Interessen im Blick hält. Selbstverständlich muss Schleswig-Holsteins Ostseepolitik auch auf die Stärkung der Position des Landes im schärfer werden-

den Standort-Wettbewerb setzen. Gemeinsam mit unseren Nachbarn in Norddeutschland und mit unseren Partnern im Ostseeraum haben wir gelernt: Die Vertretung eigener Interessen gelingt besser, wenn wir auf Gemeinsamkeiten setzen und auch die Interessen der Gesamtregion im Blick behalten. "Ostseekooperation bleibt unverändert einer der Schwerpunkte der Landespolitik für Schleswig-Holstein. Praktische Kooperationen und Verabredungen sind dabei immer zweierlei: Ein Beitrag zur Stärkung der Ostseeregion und eine Leistung zur Mehrung der Interessen und Stärken unseres Landes." (H. Simonis)

II.

Die Eingangsfrage lautete: Wie wird sich die Ostseeregion nach der EU-Erweiterung weiterentwickeln?

Antworten darauf finden wir nicht im Elfenbeinturm der mitunter philosophisch anmutenden Diskussionszirkel der Wissenschaft. Und auch nicht in der Politik. Suchen müssen wir sie in der Wirklichkeit.

Unbestritten sind die Notwendigkeiten, die unbeschadet von einer EU-Erweiterung auch morgen auf der Tagesordnung stehen werden:

- Schutz und Sanierung der Ostsee werden durch die Regeln und Fördermöglichkeiten einer erweiterten EU sicherlich erleichtern. Ohne gemeinsame und koordinierte Anstrengungen der Ostseeanrainer aber werden die von HELCOM definierten Ziele nicht erreicht werden können. Und das aktuelle Thema Schiffssicherheit belegt: Wenn wir der Ostsee schlimme Katastrophen ersparen wollen, brauchen wir die gemeinsame Anstrengung auf allen Ebenen – international, europäisch und vor Ort.
- Der Ausbau von Transportwegen und Infrastrukturen wird auf absehbare Zeit eine der größten Herausforderungen für die Ostseeregion bleiben, wenn sie die vor ihr liegenden ökonomischen Chancen nutzen will. Ohne eine abgestimmte Koordinierung – gerade innerhalb einer erweiterten EU – wird das nicht gelingen. Hier hat die Ostseeregion noch erkennbar Nachholbedarf.
- Die wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche Einbeziehung Nordwest-Russlands, aber auch der Ausbau der Begegnungen zwischen den Menschen wird eine dauerhafte Aufgabe bleiben, die die EU beim besten Willen nicht ohne die Netzwerke der Ostseekooperation bewerkstelligen kann.

Daneben stehen unbestrittene Fakten, die sowohl die Ostseeregion selbst als auch die Kooperation in dieser Region auch morgen kennzeichnen werden:

- Die Vielzahl der aktiven Kooperationen unterschiedlichster Verbände und Institutionen belegen ihr Interesse und deren Bedarf an fortgesetzter Zusammenarbeit in dieser Region. Das gilt für die Kammern in der BCCA, für die Jugendverbände im Ostsee-Jugendforum, für die Städte in der UBC, für die Regionen in der BSSSC oder für die Kultureinrichtungen im Rahmen von *Ars Baltica*. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass hier niemand einfach einer – im übrigen ja auch gar nicht bestehenden – Verpflichtung folgt. Das macht ja gerade den Charme wie den Erfolg der Ostseekooperation aus: Alles erfolgt

freiwillig, ist Ausdruck für den wechselseitig erhofften Mehrwert einer aufeinander gerichteten Kooperation. Jede Zusammenarbeit kann jederzeit ohne Verlust an Ansehen oder andere Schäden beendet werden. Die Tatsache, dass sie nicht beendet werden, belegt: Ostseekooperation lebt.

- Die gemeinsamen Potenziale bieten die Voraussetzungen für eine dynamische Entwicklung der Ostseeregion: Ein dichtes Netz von Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen, ein hoher Standard in der technologischen Forschung und Entwicklung, die Vorreiterrolle im Bereich der Informationsgesellschaft¹, die außenwirtschaftliche Ausrichtung aller Anrainerstaaten aufeinander - alles dies sind Grundvoraussetzungen für eine dynamische Entwicklung in einem größeren Europa - vorausgesetzt, die Staaten und Akteure der Ostseekooperation verständigen sich darauf, sie gemeinsam zu entwickeln und miteinander zu vernetzen.
- Nicht zu vergessen: Auch befördert durch die Annäherung erst der nordischen Staaten, dann der jungen Demokratien im östlichen Ostseeraum ist eine gemeinsame kulturelle Identität entstanden, für die es so – staatenübergreifend – in ganz Europa kein Beispiel gibt. Die Begegnung von Menschen, vor allem von Jugendlichen, hat dazu einen nicht zu unterschätzenden Beitrag geleistet.

Entscheidender aber wird die Frage sein, wie sich die Staaten rund um die Ostsee orientieren werden:

- Schon heute ist erkennbar, dass *Schweden* eine regionale Außenpolitik mit vorrangig nationalen Interessen verfolgt. Das firmiert dann auch des öfteren *nicht* unter Ostseekooperation - beileibe kein illegitimes Interesse, aber eine Orientierung, die bei der Ausgestaltung der Ostseekooperation zur Kenntnis genommen werden muss: Eine Ostseekooperation ohne Beteiligung Schwedens und ohne Einbeziehung seiner eigenen Interessen wäre zum Scheitern verurteilt.
- *Finnlands* Rolle definiert sich aus seiner besonderen geografischen Lage in der EU. In dieser Hinsicht verfolgt es das Interesse, sich als Drehscheibe zu den Rohstoffen und Märkten in Nordwest-Russland zu positionieren. Ein Interesse, das angesichts der Transportströme von und zum mittleren Westeuropa Finnland im Nordosten der Ostseeregion zum natürlichen Kooperations- und Bündnispartner Norddeutschlands – im Südwesten der Ostseeregion – macht.
- Die *baltischen Staaten* werden sich in den kommenden Jahren, die die EU relativ unscharf als "Übergangsperiode" bezeichnet, vor allem auf die Möglichkeiten, aber auch die Anforderungen konzentrieren müssen, die aus ihrer neuen Mitgliedschaft in EU und NATO resultieren. Gleichzeitig dürften sie ihr unverändert fortbestehendes Sicherheitsbedürfnis gegenüber dem von ihnen als unsicher und übermächtig empfundenen Nachbarn Russland unterstreiten.

1) Der renommierte „Information Society Index“ listet in seinem ranking für 2001 Schweden, Norwegen und Finnland auf Platz 1 bis 3 noch vor den USA auf Platz. Dänemark folgt auf Platz 5, Deutschland auf Platz 13 (Quelle: www.worldpaper.com/2001/jan01/ISI/2001%20Information%20Society%20Ranking.html)

chen, damit die ihnen im Vor-Beitritts-Prozess zuteil gewordene europaweite Aufmerksamkeit nicht erlischt. Als aktiver Träger der Ostseekooperation werden sie daher vorerst wohl ausfallen.

- *Dänemark* wird seine merkantile Rolle in der Ostseekooperation unverändert weiter pflegen. Es ist – neben Schweden – vor allem Dänemark, das unbeirrt das Ziel eines "Wirtschaftsraums Ostsee" verfolgt. Das ist u.a. das Verdienst des ehemaligen dänischen Außenministers Ellemann-Jensen, der seit 1999 als Vorsitzender des "Baltic Development Forums" dieses Thema hartnäckig und mit zunehmend größerem Zuspruch verfolgt. Diese Politik wird auch in Zukunft eher unauffällig bleiben, dabei aber um so nachhaltiger wirken. Dänemark wird einer der Leistungsträger der Ostseekooperation bleiben.
- *Polen* wird in den kommenden Jahren vor allem seine Rolle in einer erweiterten EU definieren und dabei noch eine ganze Reihe innenpolitischer Herausforderungen bewältigen müssen. Zugleich wird Polen sich als Anwalt der Ukraine gegenüber der EU verstehen. Das wird notwendigerweise eine noch stärker kontinentale Ausrichtung ihrer nationalen Politiken bedeuten. Mehr als eine Beobachterrolle wird aus dieser Perspektive wohl kaum für die Ostseekooperation der kommenden Jahre herauspringen.
- Für *Deutschland* wird zunächst der außenpolitische Aufmerksamkeitswert der Ostseekooperation nicht im Mittelpunkt stehen. Auf die ostsee-nahen Länder im Norden Deutschlands wird es daher ankommen, die Argumente für nationale Interessen Deutschlands in der Ostseekooperation zu formulieren und die überwiegend maritimen Interessen der norddeutschen Länder einzubringen. Und unverändert Berlin zu einer aktiven Arbeit in den Ostseegremien zu animieren.

Norwegen und *Russland* will ich in dieser Analyse eher am Rande erwähnen. Beide teilen gemeinsame Interessen in der Barents-Region. Beide werden in den kommenden Jahren vor allem ihre Beziehungen zur erweiterten EU definieren müssen, Norwegen absehbar die Frage einer EU-Mitgliedschaft zum dritten Mal zur Abstimmung stellen müssen.

Mit Blick auf Moskau wird zu beachten sein, welche Handlungsspielräume es seinen Regionen im Nordwesten (Kaliningrad inklusive) zubilligen wird und welche Chancen es dabei in einer verstärkten Mitwirkung in der Ostseekooperation erkennt. Beides aber wird - wie schon bisher - eher Reflex auf innenpolitische Entwicklungen und von der künftigen Gestaltung der EU-Russland-Beziehungen geprägt sein.

III.

Welche Anforderungen resultieren daraus für die Ostseekooperation?

Es ist ja nicht die Tatsache der EU-Erweiterung allein, die die Frage aufwirft "Wie weiter?". Es ist auch der Zeitpunkt, gut zehn Jahre nach der Begründung der Ostseekooperation ihre Ziele und ihre Formen zu überprüfen. Stimmen diese Ziele noch, die unter ganz anderen Rahmenbedingungen formuliert wurden?

Müssen andere Formen entwickelt werden, bestehende verändert oder auch abgeschafft werden?

Antworten darauf können nur gemeinsam gefunden werden. Denn auch hier müssen die unterschiedlichsten Interessen auf einen Nenner gebracht werden. Aber eigene Beiträge, auch die aus Schleswig-Holstein, dürfen vorab formuliert werden, um die notwendige Diskussion voranzutreiben und zu entwickeln.

1. Stärker als bisher muss die Ostseekooperation sich von der regionalen Außenpolitik zur gestaltenden gesellschaftspolitischen Zusammenarbeit entwickeln. Mit dem Ziel, die Ostseeregion zu einer handlungsfähigen Großregion weiterzuentwickeln. Das reicht von der Entwicklung von Wirtschaftsräumen über den Aufbau transnationaler Ausbildungsverbände, die Sanierung der Umwelt bis hin zur Öffnung der Arbeitsmärkte oder der Erschließung neuer Handlungsfelder, z.B. im Tourismus.
2. Dies gilt unbestreitbar für die soziale und ökonomische Schieflage, die auch über den Zeitpunkt der EU-Erweiterung hinaus in der Ostseeregion absehbar bestehen bleiben wird. Nur durch gemeinsame Kraftanstrengungen der EU und der Ostseeregion selbst wird diese Schieflage überwunden werden können. Gefordert sind hier staatliche Kooperation ebenso wie die Zusammenarbeit von Wirtschaftsverbänden, Kammern, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden.
3. Stärker als bisher wird die Ostseeregion eine Zusammenarbeit in den Feldern entwickeln müssen, die bislang entweder einzelstaatlichem Handeln oder Entscheidungen auf EU-Ebene überlassen bleiben. Das gilt für die Entscheidungen über gemeinsame Infrastrukturen ebenso wie für die Hochschulkooperation oder die Zusammenarbeit im Energiebereich. Eine Ostsee-Verkehrsministerkonferenz mit einer gemeinsamen Position zur Weiterentwicklung der "Transeuropäischen Netze" wäre ebenso ein Gewinn wie eine gemeinsame Kraftanstrengung zum Aufbau einer "Wissensregion Ostsee"!
4. Aufgreifen muss die Ostseeregion die Potenziale, aber auch die Herausforderungen *in* den Anrainerstaaten der Ostseekooperation:
 - Die Tatsache, dass zumindest die nordischen Staaten Vorreiter in der Informationsgesellschaft sind, hat sich herumgesprochen. Praktische Maßnahmen zur Stärkung der Rolle der gesamten Ostseeregion aber sind daraus noch nicht erwachsen.
 - Mit Baltic-21 verfügt die Ostseeregion über das weltweit einzige Programm zur Durchsetzung nachhaltiger Entwicklung. Nur mit der Umsetzung hapert es noch.
 - Im Gesundheitsbereich, der vor allem in Russland erschreckend defizitär ist und von dort aus auch eine Gefährdung für benachbarte Staaten bedeutet, gibt es zwar erste Pflänzchen gemeinsamer Anstrengungen. Sie müssen aber erheblich verstärkt werden.
5. Die Zukunft der russischen Exklave Kaliningrad ist eine Herausforderung, die sich für die Ostseeregion gleichermaßen wie für die EU stellt. Dabei steht

Kaliningrad auch stellvertretend für die übrigen Regionen Nordwest-Russlands. Wenn es eine geopolitische Aufgabe der Ostseekooperation gibt, dann diese: Die Zusammenarbeit mit den Regionen Nordwest-Russlands und mit deren Institutionen über die eng gesteckte grenzüberschreitende Zusammenarbeit hinaus zu entwickeln und ihnen einen Weg zur gleichberechtigten Mitwirkung in den nicht-staatlichen Formen der Ostseekooperation zu ebnet. Das wäre echte Aufgabenteilung im Sinne einer wohl verstandenen europäischen Subsidiarität!

6. Über allem steht die grundlegende Frage, mit welchen Formen die Akteure der Ostseekooperation die Stärkung der Ostseeregion innerhalb einer erweiterten Union vorantreiben können. Ob hierfür die Außenminister die geeigneten Ansprechpartner, ihr Ostseerat das geeignete Instrument dafür ist, mag man hinterfragen. Solange aber kein adäquater Ersatz gefunden ist, werden sie sich dieser Herausforderung stellen müssen.

Ministerpräsidentin Simonis hat dazu den Begriff "zweite Generation der Ostseekooperation" geprägt. Dieses Bild bringt die Fragen auf den Punkt: Den Kinderschuhen ihrer Gründungsphase entwachsen, hat die Ostseekooperation laufen gelernt. Was aber herangewachsen ist, muss jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass auch etwas erfolgreich nachwachsen kann

IV.

Welche Rolle kommt dabei der Europäischen Union zu? Was muss die Ostseeregion von ihr fordern, was darf sie verlangen? Ich will mich kurz fassen.

Natürlich braucht die Ostseeregion ebenso wie die sie umgebenden Staaten den Zugang zu Fördertöpfen der EU. Das unterscheidet die Ostseeregion überhaupt nicht von anderen Regionen der Union. Aber wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass Ostseekooperation ihre Zukunft in erster Linie mit Fördermöglichkeiten der EU verknüpft.

Wenn wir uns die Stärkung der Ostseeregion im Wettbewerb der Regionen Europas zum Ziel setzen, müssen wir die Anforderungen an die EU auf ein realistisches Maß zurecht rücken:

- Bei der aktuellen Diskussion um einen zweiten Aktionsplan zur "Nördlichen Dimension" geht es im Kern darum, die politische Wahrnehmung der Ostseeregion in Brüssel aufrechtzuerhalten. Nicht mehr und auch nicht weniger. Das sollte man auch nicht um Erwartungen überfrachten, die die Ostseeregion besser selbst bewältigen sollte.
- Die notwendige nachholende Entwicklung in den Beitrittsländern zu unterstützen, wird eine Anforderung sein, der die EU auch in der Ostseeregion weit über den recht eng gefassten Zeitraum einer "Übergangsperiode" bis ca. 2007 hinaus begegnen müssen. Hier wird die Ostseekooperation für die Interessen der Beitrittsländer auch gegenüber Brüssel eintreten müssen.
- Die regionale Einbeziehung Nordwest-Russlands in eine erweiterte EU wird eine sorgfältige Aufgabenteilung zwischen Brüssel und der Ostseekooperation

erfordern. Dabei die Balance zu halten zwischen der "großen" Ebene der künftigen EU-Russland-Beziehungen und dem regionalen Angebot der Netzwerke der Ostseekooperation, wird nicht immer einfach sein. Um so mehr wird es darauf ankommen, dass diese geopolitische Chance, die die Ostseekooperation der EU bietet, nicht durch neue politische Konzeptionen der EU verschüttet wird. Der aktuelle Versuch, unter dem Stichwort "Wider Europe" notwendige Wege neuer Nachbarschaft zur Ukraine mit einer Wiederbelebung der EU-Mittelmeerpolitik zu verbinden, darf nicht zu Lasten der Ostseeregion ausfallen.

- Und nicht zu vergessen: Die transnationale Entwicklung der Ostseeregion wird nicht ohne Förderinstrumente auskommen, die so nur die EU bietet. Der Erfolg des Programms INTERREG III B erweist sich vor allem durch die überwiegende Mehrzahl der von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften eingereichten und getragenen Projekte. Hier findet tatsächliche gemeinsame Entwicklung der Ostseeregion statt - vor Ort, nicht auf Ministerkonferenzen und nicht am Reißbrett von Regionalplanern. Ohne den Entscheidungen über die EU-Strukturfonds ab 2006 vorweg greifen zu wollen: Ein Nachfolgeprogramm INTERREG IV B wäre die logische Antwort auf die Herausforderung, die Kraft der EU von morgen auf die Stärkung ihrer Regionen zu gründen.

V.

Welche Rolle wird in diesem Kontext Deutschland einnehmen? Welche Aufgaben kommen Deutschland im Rahmen der Ostseekooperation zu?

Für manche verblüffend und gemessen an unseren eigenen Interessen in Norddeutschland sicherlich verkürzt, lässt sich festhalten: Vermutlich wird die Rolle Deutschlands vorerst eher an Bedeutung verlieren.

Denn Deutschland wird sich vorrangig um ein völlig neues Konzept regionaler Außenpolitik zu den neuen Nachbarn in Europa kümmern müssen: Zum ersten Mal in seiner jüngeren Geschichte wird Deutschland keine eigenen echten Außengrenzen mehr kennen. Zum ersten Mal wird Deutschland nur von Nachbarn umgeben sein, die mit ihm innerhalb der EU partnerschaftlich verbunden und wirtschaftlich eng verflochten sind.

Gleichzeitig wird Deutschland sich darum bemühen müssen, seine Rolle als unverändert stärkster Partner in der EU, als stärkste nationale Volkswirtschaft innerhalb einer erheblich erweiterten Union auszufüllen. Diese Frage stellt sich außenpolitisch, europapolitisch, wirtschaftspolitisch, mit Blick auf Verkehrsinfrastrukturen usw. - ein wahrer Strauß von Aufgaben.

Diese Herausforderungen bedeuten im Kern, die eigenen Interessen Deutschlands neu zu bewerten. Um seine aktive Rolle in einer veränderten EU weiter wahrnehmen zu können, wird Deutschland Schwerpunkte setzen müssen. Zu diesen Schwerpunkten gehört die Ostseekooperation sicher nicht als erste Priorität.

Aber hier schließt sich der Kreis. Zu den Fakten, die eine Definition deutscher Interessen analysieren muss, zählt auch:

- Die außenwirtschaftliche Bedeutung der Ostseeregion: Unverändert stellt die Ostseeregion ein Potenzial, das in etwa dem Außenhandelsvolumen Deutschlands mit den USA und Japan zusammen entspricht.² Mehr noch: Hat der Außenhandel mit USA, Japan und anderen Märkten der Welt merklich unter den Folgen des 11. September 2001 gelitten, so hat sich der mit den Staaten der Ostseeregion als erstaunlich stabil erwiesen.³
- Abgeleitet aus den Außenhandelsbeziehungen besteht ein hoher Erwartungsdruck der Ostseeanrainer auf Deutschland. Als größter Handelspartner für alle Ostseeanrainerstaaten wird Deutschland sich diesen Erwartungen nicht dauerhaft verschließen können.
- Entscheidungen über Transportinfrastrukturen im Norden werden deutsche Interessen nachhaltig berühren. Als einer der größten Handelspartner Russlands wird Deutschland sein Einfluss auf die Bereitstellung und auf den Ausbau von Distributionskorridoren nicht lange hintanstellen können.

Gleichwohl heißt das im Klartext: Deutschland wird in den kommenden Jahren keine führende Rolle in der Ostseekooperation einnehmen. Diese wird man neidlos Schweden und – mit Einschränkungen – Dänemark überlassen müssen. Aber die Analyse zeigt auch: Deutschland darf im wohl verstandenen Eigeninteresse den Faden zur weiteren Entwicklung in der Ostseeregion nicht abreißen lassen. Und: Soweit überhaupt möglich, werden die norddeutschen Länder auch die Wahrnehmung deutscher Interessen mit übernehmen müssen. Nicht um den Bund aus seiner Pflicht zu entlassen, sondern als Mittler um bei einer Neubewertung deutscher Interessen in einer veränderten europäischen Landschaft das Potential der Ostseeregion für Deutschland zu erhalten.

Das Beispiel Kaliningrad zeigt, dass dies möglich ist. Hier halten wir – ebenso wie Brandenburg – auch die Tür für ein künftig substanzielles Engagement des Bundes offen. Und hier befinden wir uns in enger Übereinstimmung mit der Bundesregierung.

VI.

Was bedeutet das für Schleswig-Holstein? Welche Konsequenzen muss Schleswig-Holsteins Ostseepolitik aus diesen Entwicklungen ziehen?

Zunächst die schlichte Antwort: Ostseekooperation bleibt auch weiterhin eine notwendige strategische Perspektive für Schleswig-Holstein. Stärker als bisher aber wird sie sich in den europapolitischen Kontext einreihen müssen. Denn es gilt, die Ostseeregion zu einer starken Zukunftsregion innerhalb der EU von morgen zu machen.

Zugleich muss Schleswig-Holsteins Ostseepolitik ihren Blickwinkel leicht verändern, will sie den geänderten Rahmenbedingungen weiterhin gerecht werden. Denn unverändert befindet sich Schleswig-Holstein in einer geografischen

2) (2002): USA und Japan = 137,8 Mrd. € (11,8 %) - Ostseeregion = 129,5 Mrd. € (11,0 %)

3) Vergleich 2002 gegenüber 2001: USA und Japan MINUS 7,1 % - Ostseeregion unverändert

Randlage - ein Nachteil, dem nur durch vermehrte Anstrengungen begegnet werden kann. War es vor mehr als 10 Jahren noch die Randlage im dynamischen EU-Binnenmarkt, der vom "Eisernen Vorhang" im Osten und von den nordischen EU-Outsidern im Norden begrenzt wurde, so ist es heute die Lage im Südwesten einer dynamischen Ostseeregion, deren Schwerpunkt sich zunehmend in den Nordosten verlagert.

Daraus resultiert auch eine der *ersten* Antworten: Die Kräfte im Südwesten der Ostseeregion bündeln und den Anschluss an die Entwicklung im Nordosten der Ostseeregion halten. Die Voraussetzungen dafür sind vorhanden:

- Mit der Öresundregion und mit der Metropolregion rund um Hamburg verfügt diese Region über zwei Kraftzentren in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander.
- Gemeinsam haben Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern eine vorbildliche Zusammenarbeit mit Blick auf den Ostseeeraum aufgebaut.
- Mit dem Projekt STRING verfolgen die Partner Hamburg, Schleswig-Holstein, Öresund, Süd-Dänemark und Süd-Schweden nun bereits in der zweiten Projektphase den Aufbau einer schlagkräftigen Entwicklungsregion "Südwestliche Ostsee".
- Ergänzt um die partnerschaftlichen Beziehungen mit Sønderjylland zeichnen sich auf der Landkarte die Konturen dieser Kooperation im Südwesten der Ostseeregion ab.

Zweitens: Die Notwendigkeit, die Verkehrs- und Transportinfrastrukturen auszubauen und zu stärken, knüpft die Interessen Schleswig-Holsteins und die der Ostseeregion aufs engste zusammen.

- Die Ostsee-Autobahn A 20 mit Querung der Elbe sind im Interesse Schleswig-Holsteins wie z.B. Polens und Schwedens.
- Die Fehmarnbelt-Querung ist ein Ziel von strategischer Bedeutung für Schleswig-Holstein ebenso wie für Schweden und Dänemark.
- Die Jütland-Verbindungen auf Schiene und Straße – ebenfalls mit Querung der Elbe – liegen im Interesse Schleswig-Holsteins wie Dänemarks und Norwegens.
- Ausbau und Stärkung der maritimen Verkehrswege über Kiel und Lübeck sind auch im Interesse Finnlands, Russlands und der baltischen Staaten, die über diese Häfen Zugang zu den Märkten Westeuropas suchen.

Dabei geht es keineswegs um die Erhöhung des Transitverkehrs über Schleswig-Holstein. Hier geht es, wie der Containerterminal der Hamburger Hafenwirtschaft in Lübeck belegt, um die Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichen Entwicklungschancen in den Bereichen Umschlag und Logistik.

Drittens: Diese Chance für den Standort Schleswig-Holstein zu nutzen, erfordert dabei auch eine Umkehr der Perspektive.

Noch immer ist das Denken in Schleswig-Holstein von tradierten Sichtweisen innerhalb einer mittlerweile vergangenen EU geprägt: Nach Süden und Südwesten, immer mit dem Rücken zur Ostsee.

Wenn wir an der Schnittstelle zwischen den Märkten West-Europas und dem aufkommenden Nordosten brauchen wir auch Bündnispartner im Westen. Und ein Verständnis für notwendige Infrastrukturen, das nicht nur die Exportinteressen Finnlands und Schwedens, sondern auch die Exportinteressen z.B. der Niederlande oder Frankreichs in den Nordosten auf unser Land fokussiert.

Eine wohl verstandene Ostseepolitik Schleswig-Holsteins erfordert deshalb auch eine ergänzende Kommunikation und Zusammenarbeit mit den nächsten Nachbarn im Westen, die über die Nordsee mit Schleswig-Holstein verbunden sind. Nordseeraum-bezogene Kontakte mit potenziellen Partnern in Norwegen, Großbritannien oder den Niederlanden sind keine Alternative zur Ostseekooperation Schleswig-Holsteins, sondern deren notwendige Ergänzung in einer sich wandelnden europäischen Umwelt.

Viertens: Schleswig-Holstein wird sein ostseepolitisches Engagement aufrecht erhalten.

Das gilt für Beiträge zur Weiterentwicklung der Ostseeregion ebenso wie für das unmittelbare Engagement in den baltischen Staaten wie im russischen Gebiet Kaliningrad. Die Zusammenarbeit mit Partnern in Schweden, Finnland und Polen ist dabei mittlerweile derart selbstverständlich geworden, dass sie in der öffentlichen Wahrnehmung oft untergeht. Hier müssen Politik und Medien mal wieder nachlegen.

Nicht zu vergessen: Die Wahrnehmung berechtigter eigener Sicherheitsinteressen Schleswig-Holsteins erfordert eine Kooperation mit Partnern in Russland und in den baltischen Staaten, denen die Landespolizei und das Innenministerium mit beharrlicher, hierzulande aber gern ignoriertes Anstrengung seit einem guten Jahrzehnt nachgeht.

Vorsprung durch Kompetenz ist dabei eines der mittelbaren Ziele dieses ostseepolitischen Engagements. Vor gut einem Jahr rief uns das der Chef der Amerikanischen Handelskammer, Fred B. Irwin, ins Bewusstsein: Bei seinem Besuch in Schleswig-Holstein empfahl er unser Land als "äußerst interessanten Standort für kleine und mittelständische US-Investoren". Wichtigstes Argument für diese Empfehlung waren - neben der Ausbildung und Motivation der Arbeitskräfte - die ausgezeichneten Beziehungen Schleswig-Holsteins zu unseren Nachbarn im Ostseeraum.

Fünftens: Unverändert müssen wir die Potenziale und Planungen in Schleswig-Holstein mit denen der Ostseekooperation verknüpfen. Wie schon bei den Transport- und Verkehrsinfrastrukturen überall dort, wo sie zum beiderseitigen Vorteil dienen.

- Das gilt z.B. für die Strukturen der Hochschulausbildung, die in den nächsten Jahrzehnten völlig veränderten Anforderungen und Möglichkeiten in einem zunehmenden Wettbewerb untereinander gerecht werden müssen. Mit dem

Projekt "Baltic Sea Virtual Campus", an dem sich Hochschulen aus allen Ostseeanrainern beteiligen, sollen neue gemeinsame virtuelle Studiengänge entwickelt und mit Anforderungen des "life-long learning" verknüpft werden.

- Das gilt für die Weiterentwicklung der Technologiewirtschaft und –politik. Gemeinsam mit Hamburg hat die hiesige Technologielandschaft sich zur Technologieregion "Bay to Bio" zusammengeschlossen. Gemeinsam mit anderen Technologieregionen verfolgen sie das ostseeweite Projekt "ScanBalt Bioregion", mit dem die Potenziale in den Bereichen Biotechnologie und "life sciences" zu einem europaweit wettbewerbsfähigen Cluster entwickelt werden sollen.
- Das gilt z.B. auch für die zukunftsfähigen Bereiche Gesundheit, Wellness oder regenerative Energien. Hier hat Schleswig-Holstein eindeutige Stärken, die es verstärkt zu nutzen gilt. Im Gesundheitsbereich haben wir mit der Krankenhauskooperation mit Norwegen einen Anfang gemacht. Und im Bereich regenerative Energien wollen wir verstärkt know-how, Technologien und Erfahrungen beim wirtschaftlichen Betrieb derartiger Anlagen vermarkten, insbesondere mit Blick auf Russland und die EU-Beitrittsländer des Ostseeraums.

Sechstens: Wir werden die ostseepolitische Zusammenarbeit mit unseren norddeutschen Nachbarn weiter ausbauen und stärken.

Das gilt für *Mecklenburg-Vorpommern* auf Grund der gemeinsamen Interessen als Küstenländer, die eben nicht im kleinkarierten Denken einer vermeintlich alles dominierenden Konkurrenz ertränkt werden dürfen.

Und das gilt vor allem für *Hamburg*. Selbstverständlich wäre Schleswig-Holstein ohne die Wirtschaftskraft Hamburgs nichts weiter als das "Hinterland zu nirgendwo". Ebenso selbstverständlich aber wäre Hamburg auf seine Rolle als europaweit bedeutsamer Hafen reduziert, wenn es nicht zugleich auf die Potenziale seiner unmittelbaren Nachbarn zählen könnte. Deshalb kommt dem erst vor kurzem bestätigten Schulterschluss zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein, vermehrt gemeinsam im Ostseeraum auftreten zu wollen, nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Deutlich wird dies u.a. an der vereinbarten Arbeitsteilung aller drei Länder in den Beziehungen zu den Regionen Nordwest-Russlands: Hier bringt Hamburg seine Städtepartnerschaft zu St. Petersburg ein, Mecklenburg-Vorpommern seine Beziehungen zum Gebiet Leningrad und Schleswig-Holstein seine entwickelte Partnerschaft mit dem Gebiet Kaliningrad. Wo immer eines der drei Länder Interessen in einer anderen als der eigenen russischen Partnerregion verfolgen will, kann es auf die Erfahrungen und Kontakte des anderen Landes vertrauen.

Das zeigt: Praktizierte Zusammenarbeit ist eine weit wertvollere Alternative statt der immer wieder aufflackernden, unsäglichen Debatte um einen Nordstaat.

Lassen Sie mich das Wesentliche in wenigen Worten zusammenfassen:

Eine Positionierung von Regionen war leicht in einer "alten", übersichtlichen EU der späten 80er Jahre. Sie war schon erheblich schwieriger in einer geöffneten EU der 90er. Eine Positionierung aber wird extrem schwierig in einer bis ins "Unendliche" erweiterten EU der 25 oder 27 - ein Wirtschaftsraum von der Irischen See bis zum Schwarzen Meer, von Lappland bis zur Algarve sprengt doch tatsächlich das Vorstellungsvermögen eines jeden von uns. Und dennoch wird das in wenigen Jahren zu unser aller Realität gehören.

Was für Schleswig-Holstein gilt, gilt dabei auch für alle Ostseeanrainerstaaten: Allein zu klein, um sich in diesem Wettbewerb als Standort zu behaupten. Die Alternative zu einer entschiedenen Ostseekooperation wäre kümmerlich – am Rande einer sich frei entfaltenden Wirtschaft in einem grenzenlosen Europa, ausgestattet mit jedem formalen Recht der Mitwirkung, aber bar jeder Möglichkeit, reale Bedingungen mitzubestimmen.

Gemeinsame Interessen haben wir in den vergangenen Jahren dabei zur Genüge definiert – allein es fehlen die Antworten.

Die Ostseeregion steht vor einer entscheidenden Wegmarke: *Entweder* wir schaffen es gemeinsam, vorhandene Potenziale zu einem gemeinsamen Profil, einer gemeinsamen Politik und einem gemeinsamen Marketing zusammenzuführen. *Oder* wir sterben gemeinsam in Schönheit.

SCHIFF - texte

- | | |
|----------|--|
| Nr. 64 | In der Transportfalle: Über die verkehrstechnische Isolation der russischen Exklave Kaliningrad mit Beiträgen von <i>Stephan Stein & Christian Wellmann</i> (25 S.) |
| Nr. 65 | <i>Silke Schielberg</i> :
Abschottung oder EU-Mitgliedschaft? Vorstellungen zur Zukunft der Exklave Kaliningrad im Spiegel der lokalen Presse (27 S.) |
| Nr. 66 | Annual Report of Ship for 2001 |
| Nr. 67/d | <i>Kieler internationale ad-hoc Expertengruppe zu Kalinigrad</i> :
Kalinigrad im Brennpunkt
Auf Problemlösung gerichtete Politikempfehlungen (28 S.) |
| Nr. 67/e | <i>The Kiel international ad-hoc group of experts on Kalinigrad</i> :
Kalinigrad in Focus
Policy recommendations in the perspective of problem-solving (24 S) |
| Nr. 67/r | <i>Кильская международная целевая группа экспертов по Калининграду</i> :
В фокусе – Калининград
Политические рекомендации с точки зрения разрешения проблем (28 S) |
| Nr. 68 | <i>Ulrike Kronfeld-Goharani</i>
Die Umweltschäden und Entsorgungsprobleme des russischen Nuklearkomplexes (56 S) |
| Nr. 69 | <i>Gabriele Kötschau, Heinz Timmermann, Uta Zapf</i> :
Belarus: Ein Außenseiter in der Ostseeregion (34 S.) |